

In Deutschland sind Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich strafbar und nur in Ausnahmefällen erlaubt. Diese Regelung geht auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1993 zurück.

Das Grundgesetz, ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts...

1 a) Lies Artikel 1 (Absatz 1) und Artikel 2 des Grundgesetzes (QR-Codes). Inwiefern sprechen sie sowohl dafür als auch dagegen, Schwangerschaftsabbrüche als zulässig anzusehen? Argumentiere und mache dabei deutlich, wessen Interessen (ungewollt Schwangere oder Embryo/Fötus) jeweils eher geschützt werden.



Das Grundgesetz schützt die **Interessen des Fötus/Embryos**,
denn

Das Grundgesetz schützt die **Interessen der ungewollt Schwangeren**,
denn

Somit kann man Schwangerschaftsabbrüche
als ☐ zulässig ☐ unzulässig ansehen.

Somit kann man Schwangerschaftsabbrüche
als ☐ zulässig ☐ unzulässig ansehen.

b) Lies den Infotext. Zu welcher Bewertung dieses Spannungsverhältnisses gelangte das Bundesverfassungsgericht 1993? Unterstreiche relevante Textstellen und fasse das Urteil anschließend in eigenen Worten zusammen.

i Nach Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 2 Abs. 2 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) hat der Staat die Verpflichtung, menschliches Leben – auch das ungeborene – zu schützen und die rechtlichen Voraussetzungen für eine Entfaltung des eigenen Lebensrechts des Ungeborenen zu schaffen. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat in seinem Urteil vom 28. Mai 1993 festgestellt, dass dem Ungeborenen der rechtliche Schutz auch gegenüber seiner Mutter gebühre und der im Grundgesetz verankerten Schutzpflicht für das ungeborene Leben nur dann Rechnung getragen werde, wenn der Gesetzgeber einen Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich verbiete und der Schwangeren die grundsätzliche Rechtspflicht auferlege, die Schwangerschaft auszutragen. Ein Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch wäre daher mit der Verfassung unvereinbar. Am 29. Juni 1995 wurde im Deutschen Bundestag auf dieser Grundlage die bis heute gültige Regelung beschlossen.

... und die Folgen für die Praxis

2 Ein Schwangerschaftsabbruch wird nach den geltenden Regelungen also grundsätzlich strafrechtlich als Unrecht angesehen (Paragraph 218 und folgende im Strafgesetzbuch). Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts wurde festgelegt, unter welchen Bedingungen ein Abbruch dennoch straffrei ist. Lies den Tagesschau-Artikel (QR-Code). Kreuze an: In welchen drei Fällen ist ein Schwangerschaftsabbruch in Deutschland straffrei?



- ☐ Es liegen medizinische Gründe für den Abbruch vor („medizinische Indikation“): Leben, Gesundheit oder Psyche der Schwangeren sind gefährdet oder der Fötus ist langfristig nicht überlebensfähig.
- ☐ Die Schwangere hat bereits drei oder mehr Kinder.
- ☐ Die Schwangere ist seit mehr als zwei Monaten arbeitslos gemeldet.
- ☐ Die Schwangerschaft ist Folge einer Sexualstraftat und der Abbruch findet in den ersten 12 Wochen nach der Befruchtung statt („kriminologische Indikation“).
- ☐ Die Schwangere ist seit weniger als 12 Monaten in Deutschland, spricht kaum Deutsch und ist mit der deutschen Gesetzgebung nicht vertraut.
- ☐ Der potenzielle Vater erkennt die Vaterschaft nicht an.
- ☐ Der Abbruch erfolgt innerhalb der ersten 12 Wochen nach der Befruchtung, es wurde ein Gespräch in einer anerkannten Beratungsstelle durchgeführt, bescheinigt und eine dreitägige Überlegungsfrist eingehalten („Beratungsregelung“).
- ☐ Die Schwangere lebt in einer Wohnung, die kleiner als 40 m² ist.

Kritik an der aktuellen Regelung

3 a) Lies den Infotext und unterstreiche die Forderungen des UN-Frauenrechtsausschusses.

i Der Frauenrechtsausschuss der Vereinten Nationen (UN) fordert, Rechtsvorschriften außer Kraft zu setzen, die der sexuellen und reproduktiven* Gesundheit im Wege stehen. Er kritisiert Deutschland für die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und für verpflichtende Wartefristen und Beratungen, die einseitig ausfallen könnten. Zudem fordert er eine bessere Gesundheitsversorgung von Frauen in ländlichen Gebieten, damit diese bei einem Schwangerschaftsabbruch Zugang zu sicherer und fachgerechter medizinischer Versorgung erhalten – unabhängig davon, ob dieser legal ist oder nicht. Die Krankenkassen sollen die Kosten für Eingriffe generell übernehmen.

**die Fortpflanzung betreffend*

b) Lies den ZDF-Artikel (QR-Code). Suche Belege für und gegen die oben genannte Kritik und ergänze nach Möglichkeit ein eigenes Argument.



Das spricht für die Kritik:

Das spricht gegen die Kritik: